



Einwohnergemeinde

Niedergösgen

- **Steuerreglement**
900

Steuerreglement

Die Gemeindeversammlung

gestützt auf § 257 des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern vom 1. Dezember 1985
beschliesst:

1. Steuerhoheit

§ 1 Die Einwohnergemeinde Niedergösgen erhebt auf der Grundlage des Steuergesetzes vom 1. Dezember 1985 (StG) die Einkommens-, Vermögens- und Personalsteuern von den natürlichen Personen sowie Gewinn- und Kapitalsteuern von den juristischen Personen.

2. Steuerpflicht

§ 2 Natürliche und juristische Personen

Der Einwohnergemeinde Niedergösgen gegenüber sind die natürlichen und juristischen Personen steuerpflichtig, für welche eine steuerliche Zugehörigkeit im Sinne von §§ 8-10 und § 85 sowie § 250 des Steuergesetzes zu der Gemeinde besteht.

3. Steuerfuss

§ 3 Im Allgemeinen

¹Die Gemeindesteuer wird in Prozenten der ganzen Staatssteuer erhoben (Steuerfuss).

²Die Gemeindeversammlung beschliesst alljährlich bei der Festsetzung des Budgets den Steuerfuss für das folgende Jahr. ¹⁾

³Für die natürlichen und für die juristischen Personen kann ein unterschiedlicher Steuerfuss festgelegt werden; der Steuerfuss für juristische Personen darf vom Steuerfuss für natürlichen Personen um nicht mehr als drei Zehntel der ganzen Staatssteuer abweichen.

1) § 3 Abs. 2 Änderung gemäss Beschluss Gemeindeversammlung vom 29.11.2016

§ 4 Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften

¹Den Steuerfuss für die Gemeindesteuern von Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften (§ 99 und § 100 StG) bestimmt der Gemeinderat. Der Steuerfuss darf im Maximum 100 % der ganzen Staatssteuer betragen (§ 253 StG).

²Hat der Gemeinderat keinen speziellen Steuerfuss beschlossen, gilt der maximale Steuerfuss von 100 % der ganzen Staatssteuer.

4. Steuerverfahren

§ 5 Steuerberechnung

¹Die Finanzverwaltung berechnet die Steuerbeträge nach diesem Reglement, ebenso allfällige Nachsteuern und Steuerbussen.

²Sie stellt den Steuerpflichtigen die Steuerrechnung zu; diese enthält den Staatssteuerbetrag, den Gemeindesteuerfuss, den Gemeindesteuerbetrag, die Feuerwehrrersatzabgabe, die Zahlungsfrist und eine Rechtsmittelbelehrung.

§ 6 Einsprache und Rekurs

¹Gegen die Steuerberechnung kann die steuerpflichtige Person bei der Finanzverwaltung innert 30 Tagen schriftlich Einsprache erheben.

²Die Einsprache kann sich nur gegen die Berechnung des Steuerbetrages richten, nicht aber gegen die Einschätzung als solche.

³Die Finanzverwaltung entscheidet über die Einsprache; der Entscheid wird kurz begründet und dem Steuerpflichtigen unter Angabe des Rechtsmittels schriftlich eröffnet.

⁴Gegen den Einsprache-Entscheid kann die steuerpflichtige Person beim Kantonalen Steuergesicht innert 30 Tagen schriftlich Rekurs erheben. Der Rekurs muss einen Antrag und eine Begründung enthalten.

§ 7 Verwirkung

Das Recht, eine Gemeindesteuer zu berechnen, erlischt 5 Jahre nach Rechtskraft der Staatssteuerveranlagung, frühestens aber 5 Jahre nach Ablauf der Steuerperiode (§ 254 StG).

§ 8 Gemeindesteuerregister

¹Das Gemeindesteuerregister wird von der Finanzverwaltung erstellt; es enthält nur die Endzahlen des steuerbaren Einkommens und Vermögens, die Sozialabzüge und die Steuerbeträge.

²Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister können den Steuerpflichtigen sowie in ihrem schriftlichen Einverständnis Dritten gegen Gebühr ausgestellt werden; für die Dauer der ungetrennten Ehe kann jeder Ehegatte ohne Zustimmung des andern einen Auszug verlangen. Registerauszüge stellt die Finanzverwaltung aus.

§ 9 Vertretung der Gemeinde im Steuerverfahren

¹ Die Finanzverwaltung vertritt die Gemeinde in Steuersachen; insbesondere ist sie befugt,

- a) im Veranlagungsverfahren Einsicht in die Akten zu nehmen (§121 Absatz 4 und § 123 StG)
- b) Einsprache und Rekurs gegen Verfügungen der Veranlagungsbehörden (§ 149 Absatz 1, § 155 Abs. 3, § 160 Absatz 1 StG) sowie gegen Entscheide des Kantonalen Steueramtes (§ 251 Absatz 1 und 3 StG) zu erheben;
- c) Ansprüche auf Bestimmung des Veranlagungsortes und auf Steuerausscheidung geltend zu machen (§ 146, § 251 Absatz 2 StG);
- d) Auszüge aus dem Gemeindesteuerregister auszustellen (§ 256 Absatz 2 und § 131 StG);
- e) Veranlagungsmittelungen entgegenzunehmen (§ 148 Absatz 3 StG);
- f) Sicherstellung von Steuern zu verlangen (§ 255 Absatz 2 StG);
- g) über die Rückerstattung zuviel bezahlter, nicht geschuldeter Steuern und Bussen zu entscheiden (§183 StG);
- h) Beschwerde gegen die Berechnung des Kostenanteils der Einwohnergemeinde durch das Kantonale Steueramt zu führen (§ 187 Absatz 4 StG).

² Stellungnahmen zu Steuererleichterungen nach § 6 Absatz 2 des Steuergesetzes gibt der Gemeinderat ab.

5. Steuerbezug

§ 10 Fälligkeit

¹Die Steuern werden in der Regel in der Steuerperiode je zu einem Drittel am 1. April, am 1. Juni und am 1. Oktober fällig (Vorbezug). Grundlage dafür ist die letzte Veranlagung oder die Steuererklärung oder der mutmasslich geschuldete Betrag; wird ein mutmasslich geschuldeter Betrag festgesetzt, so ist die steuerpflichtige Person vorher anzuhören.

²Entsteht die Steuerpflicht erst in der Steuerperiode, so wird von der Bezugsbehörde ein besonderer Fälligkeitstermin festgesetzt.

³Die Steuer gemäss Schlussrechnung wird mit deren Zustellung fällig.

⁴Wird der Steuerbetrag gemäss Vorbezugsrechnung vor Ablauf der Zahlungsfrist bezahlt, wird darauf ein Skonto (Vergütungszins) gewährt, welcher mit der Schlussabrechnung abgerechnet wird und mit allfälligen Verzugszinsen und/oder Rückerstattungszinsen verrechnet werden kann. Es gilt der vom Regierungsrat für die Staatssteuern festgesetzte Zinssatz.

§ 11 Steuerbezug

¹Die Gemeindesteuern werden von der Finanzverwaltung bezogen.

²Nach Vorliegen der Veranlagung wird die Schlussrechnung zugestellt. Provisorisch bezogene Steuern werden an die gemäss definitiver Veranlagung geschuldeten Steuern angerechnet.

³Provisorisch bezogene Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, werden nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung jedem Ehegatten je zur Hälfte angerechnet. § 13 Absätze 3 und 4 sind sinngemäss anwendbar.

⁴Zu wenig bezahlte Beträge werden nachgefordert, zuviel bezahlte Beträge zurückerstattet. Der Gemeinderat kann für die Nachforderung bzw. Die Rückerstattung Mindestbeträge festlegen, welche weder eingefordert, noch zurückerstattet werden.

§ 12 Zahlung und Zinspflicht

¹Die Steuer ist innert 30 Tagen seit der Fälligkeit zu entrichten.

²Wird der Steuerbetrag nicht fristgerecht bezahlt, so ist er vom Ablauf der Zahlungsfrist an zu den vom Regierungsrat für die Staatssteuern festgelegten Bedingungen verzinslich. Die Verzugszinsabrechnung wird erst nach erfolgter Schlusszahlung vorgenommen. Allfällige Skonto und/oder Rückerstattungsinsen können verrechnet werden.

³Ist bei Eintritt der Fälligkeit aus Gründen, die der Zahlungspflichtige nicht zu vertreten hat, eine Steuerrechnung noch nicht zugestellt, so beginnt die Zinspflicht 30 Tage nach deren Zustellung.

⁴Wird der Steuerbetrag auf Mahnung hin nicht bezahlt, so ist die Betreuung einzuleiten.

§ 13 Rückerstattung und Rückerstattungsins

¹Zuviel bezahlte, nicht geschuldete aber in Rechnung gestellte Steuern und Bussen werden von Amtes wegen zurückerstattet. Zurückzuerstattende Beträge werden zu den vom Regierungsrat für die Staatssteuern festgelegten Bedingungen verzinst. Rechtskräftig festgesetzte Beträge gelten als geschuldet. Rückerstattungsinsen können zusammen mit allfälligen Skonto und/oder Verzugsinsen abgerechnet werden.

²Werden Steuern an Ehegatten zurückerstattet, die in tatsächlich und rechtlich ungetrennter Ehe leben, kann die Zahlung an jeden der beiden Ehegatten erfolgen.

³Sind Steuerbeträge, die für beide Ehegatten geleistet wurden, nach ihrer Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung zurückzuerstatten, erfolgt die Rückerstattung je zur Hälfte an jeden der beiden Ehegatten. Vorbehalten bleiben anders lautende Vereinbarungen der Ehegatten, welche diese der Finanzverwaltung bekannt gegeben haben.

⁴Weist ein Ehegatte nach, dass er nach der Scheidung, rechtlichen oder tatsächlichen Trennung Steuerbeträge für beide Ehegatten gemeinsam geleistet hat, werden sie an ihn zurückerstattet.

§ 14 Bezugs- und Rückerstattungsminima für Zinsen

Rückerstattungs- und Verzugsinsen, die nach gegenseitiger Verrechnung gesamt den vom Gemeinderat festgesetzten Mindestbetrag nicht erreichen, werden nicht erhoben und auch nicht zurückerstattet.

§ 15 Sicherstellung

¹Aus den in § 184 des Steuergesetzes genannten Gründen kann die die Finanzverwaltung jederzeit Sicherstellung verlangen.

²Gegen die Sicherstellungsverfügung kann der Zahlungspflichtige innert 30 Tagen Rekurs an das Kantonale Steuergericht erheben. Der Rekurs hemmt die Vollstreckung der Sicherstellungsverfügung nicht.

³Die Sicherstellungsverfügung gilt als Arrestbefehl nach Artikel 274 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1). Der Arrest wird durch das zuständige Betreibungsamt vollzogen.

⁴Die Einsprache gegen den Arrestbefehl nach Artikel 278 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SR 281.1) ist nicht zulässig.

§ 16 Zahlungserleichterung

Ist die Zahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse innert der vorgeschriebenen Frist für den Zahlungspflichtigen mit einer erheblichen Härte verbunden, so kann die Finanzverwaltung Zahlungserleichterungen gewähren. § 181 des Steuergesetzes ist anwendbar.

§ 17 Steuererlass

¹Ist die steuerpflichtige Person durch besondere Verhältnisse wie Naturereignisse, Todesfall, Unglück, Krankheit, Arbeitslosigkeit, geschäftliche Rückschläge und dergleichen in ihrer Zahlungsfähigkeit stark beeinträchtigt oder befindet sie sich sonst in einer Lage, in der die Bezahlung der Steuer, eines Zinses oder einer Busse zur grossen Härte würde, kann der Gemeinderat die geschuldeten Beträge ganz oder teilweise erlassen. Das Erlassgesuch ist mit schriftlicher Begründung und mit den nötigen Beweismitteln der Finanzverwaltung einzureichen.

²Die steuerpflichtige Person kann gegen den Entscheid innert 30 Tagen Rekurs an das Kantonale Steuergericht erheben.

³Während des Steuererlassverfahrens werden in der Regel keine Bezugshandlungen vorgenommen.

⁴Auf Erlassgesuche, die nach Zustellung des Zahlungsbefehls eingereicht werden, wird nicht eingetreten.

⁵Die Bestimmungen der Steuerverordnung Nr. 11 über Zahlungserleichterungen, Erlass und Abschreibungen gelten sinngemäss.

6. Schlussbestimmung

§ 18 ¹Dieses Reglement tritt nach Genehmigung durch das Finanzdepartement am 1. August 2008 in Kraft.

²Auf diesen Zeitpunkt sind alle ihm widersprechenden Bestimmungen über die Gemeindesteuern aufgehoben, insbesondere das Steuerreglement vom 28. November 2000.

Beschlossen von der Gemeindeversammlung am 3. Juni 2008

Mit Änderung vom 29. November 2016

Der Gemeindepräsident:

Die Gemeindeschreiberin:

Kurt Henzmann

Antonietta Liloia

Genehmigt vom Finanzdepartement am 1. Juli 2008